

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion der CDU/CSU**

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten  
Entwurfs eines Sozialgesetzbuches (SGB) – Verwaltungsverfahren –  
– Drucksachen 8/2034, 8/4022 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 § 69 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Eine Offenbarung personenbezogener Daten ist zulässig, soweit sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der Behörden für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes, des Militärischen Abschirmdienstes, des Bundeskriminalamtes, der Grenzschutzdirektion und der durch Landesrecht bestimmten Polizeibehörden liegenden Aufgaben erforderlich ist.“

Bonn, den 21. Mai 1980

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**

### **Begründung**

Durch die Beschränkung auf den „Einzelfall“ könnte der Zugriff auf Sozialdaten im Rahmen von sog. Rasterfahndungen möglicherweise in Frage gestellt werden; dem ist vorzubeugen. Die Landespolizeien und die Grenzschutzdirektion fehlen in der Aufzählung der Sicherheitsbehörden.

